R1 Megastall in Haßleben gestoppt: Der Kampf für eine andere Landwirtschaft lohnt sich

Antragsteller*in: Benjamin Raschke
Tagesordnungspunkt: 5 Resolution Haßleben

Der geplante Bau der riesigen Schweinemastanlage im uckermärkischen Haßleben war über anderhalb Jahrzehnte Symbol für eine völlig verfehlte Landwirtschaftspolitik der SPD-Landesregierung. Der niederländische Investor plante einen Megastall mit zunächst 80.000, später „nur“ 37.000 Schweinen - mit unwürdigen Bedingungen für die Tiere, ungeheuren Mengen an Gülle, Gestank, Lärm und entsprechenden Folgen für Umwelt, Bevölkerung und den Naturtourismus im ländlichen Raum. Ebenso lange währt der Kampf der lokalen Bürgerinitiative für eine andere Landwirtschaft, unterstützt von Umweltverbänden, Tierschutzverbänden und Bündnis 90/Die Grünen. Noch im Mai 2016 wischte das Landesumweltamt alle Widersprüche der BI und der Verbände vom Tisch - und zeigte damit, dass auch das erfolgreiche Volksbegehren gegen Massentierhaltung nichts an der Haltung von Landesregierung und Verwaltung geändert hat.

Nun gab es die Quittung vor Gericht: Das Verwaltungsgericht Potsdam hat den Bau der Anlage untersagt. Die vom Landesumweltamt erteilte Genehmigung scheiterte schon im ersten Schritt, das Gericht rügte die fehlende planungsrechtliche Grundlage. Die Mängel erschienen dem Gericht so gravierend, dass eine Berufung gegen das Urteil nicht zugelassen wurde.

Wir gratulieren der Bürgerinitiative und den beteiligten Verbänden zu diesem großartigen Etappensieg. Nur ihrem beharrlichen Widerstand ist es zu verdanken, dass das Recht jetzt auch zu seinem Recht kommt!

Nun liegt der Ball erneut bei der Landesregierung. Das Umweltministerium kann die Zulassung der Berufung beantragen – oder endlich Konsequenzen ziehen! Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen muss das Urteil ein Weckruf sein an die SPD, die Genehmigungspraxis für Tierhaltung in Brandenburg grundlegend zu ändern. Das jahrelange juristische Gezerre schürt nur gesellschaftliche Konflikte und verhindert Planungssicherheit auch für Tierhalterinnen und Tierhalter. Die Kommunen müssen endlich Mitspracherecht bei großen Stallanlagen haben – bislang sitzt Infrastrukturministerin Kathrin Schneider diesen Auftrag aus dem Kompromiss zum Volksbegehren aus. Brandenburg braucht außerdem ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände - selbst im SPD-Bundestagswahlprogramm war diese Forderung enthalten. Außerdem muss die Aussetzung des Sofortvollzugs zum Regelfall werden - das erspart dem Land im Fall von Haßleben jetzt hohe Ausgaben für Schadensersatzklagen. Wir erwarten außerdem, dass sich Investoren künftig an die Festlegungen des Tierschutzplans halten, der in Folge des Volksbegehrens derzeit erarbeitet wird. Und schließlich muss sich die Förderpolitik für Stallbauten in Zukunft am Tierschutz und an Umweltstandards orientieren. Nur so bekommen wir eine artgerechte, zukunftsweisende Landwirtschaft in Brandenburg.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburgs stehen auch weiterhin an der Seite aller Bürgerinitiativen, die für eine solche Landwirtschaft streiten. Haßleben hat gezeigt, dass sich auch ein langer Kampf lohnt.

Unterstützer*innen

Cornelia Behm (KV Potsdam-Mittelmark); Reinhild Benning (KV Oberhavel); Peter Ernst (KV Potsdam-Mittelmark); Michael Fürst (KV Dahme-Spreewald); Ursula Nonnemacher (KV Havelland); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Clemens Rostock (KV Oberhavel); Rainer Schneewolf (KV Prignitz); Axel Vogel (KV Barnim)